

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Hpf., bei Lieferung frei Haus 55 Hpf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsaufgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heftmattell, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. N. III.: 2256. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Dittler-Straße 4. Fernruf 518 und 500

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 95

Montag, den 25. April 1938

90. Jahrgang

Schluß mit tschechischer Willkür!

Henlein: Wir wollen als Freie unter Freien leben

In Karlsbad hat die mit großer Spannung erwartete 6. Haupttagung der Sudetendeutschen Partei stattgefunden. 500 Amtswalter der SDP waren am Sonnabend und Sonntag als das Führerkorps des nunmehr voll geeinten sudetendeutschen Volkstums versammelt, um die Sicherung der nationalen Grundrechte in einem Raume zu verlangen, in dem die Deutschen schon seit vielen Jahrhunderten Heimatrecht besitzen.

Der Parteitag entbot zu Beginn seiner Tagung dem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler zur Wiedervereinigung des deutschen Völkers mit dem Reich seine herzlichsten Glückwünsche. Bei den Beratungen am Sonnabend hatte der Stellvertreter Henlein, Abg. Frank, die drei Gesichtspunkte gewürdigt, die der Tagung der Sudetendeutschen Partei ihre besondere Bedeutung gaben:

1. müsse festgestellt werden, daß es in diesem Jahr zum erstenmal möglich war, eine wahre Volksversammlung des geeinten Sudetendeutschums abzuhalten;
2. müsse auch hier das große geschichtliche Ereignis gedacht werden, daß Österreich ins Reich heimgefunden habe; aus diesem Anlaß müßten auch von dieser Stelle aus dem Führer die herzlichsten Glückwünsche übermittelt werden;
3. liege die große Bedeutung der Tagung in der Tatsache, daß sich zum 20. Male der Tag jähre, an dem das Sudetendeutschum gegen seinen Willen der Tschechoslowakei einverleibt wurde.

„Wir wollen unsere Forderungen aufstellen“, schloß Frank, die wir an den Staat und die tschechische Regierung stellen müssen.“

Befreiung von der Hezpreffe

Den Höhepunkt der Tagung bildete am Sonntag eine große politische Rede des Führers des geeinten Sudetendeutschums, Konrad Henlein, der in grundlegenden Ausführungen zu den gesamten Fragen des Sudetendeutschums Stellung nahm.

Den Versuch, um die grundsätzliche und ehrliche Lösung des sudetendeutschen Problems durch Aufstellung eines sogenannten „Minderheitenstatuts“ herumzutrommeln, bezeichnete Henlein von vornherein als gescheitert. Die angekündigte Kodifizierung der bisherigen sogenannten Minderheitenbestimmungen könne nichts anderes bedeuten als die Verewigung des Unrechts und der Gewalt. Man habe das Problem noch nicht in seiner Tiefe erfaßt und glaube, mit Halbheiten darüber hinwegzukommen. Dabei hätte es die Regierung gar nicht so schwer, die tschechische öffentliche Meinung umzustellen, denn, so sagte Konrad Henlein:

„Ich bin überzeugt, daß das einfache tschechische Volk im Grunde seines Lebens friedliebend und versöhnungswillig ist. Ich glaube an keinen Haß und Streit; ich bin aber ebenso davon überzeugt, daß man es von seiner Hezpreffe befreien muß!“

Gebrochene Versprechen

Henlein fuhr fort: Wenn es den tschechischen Staatsmännern wahrhaft ernst ist, mit dem deutschen Volk in ein freundschaftliches Verhältnis zu kommen, so wird sich folgendes als unerlässlich und notwendig erweisen:

1. eine Revision des irrigen tschechischen Geschichtsmythos;
2. eine Revision der unglücklichen Auffassung, daß es die Aufgabe des tschechischen Volkes wäre, das slawische Volkwerk gegen den sogenannten deutschen Drang nach Osten zu sein;
3. eine Revision jener außenpolitischen Stellung, die den Staat bisher in die Reihe der Feinde des deutschen Volkes geführt hat.

Bei der Beantwortung dieser Frage wird sich das tschechische Volk aber auch darüber klar sein müssen, daß die Neuordnung seines Verhältnisses zum Großdeutschen Reich nicht ohne gleichzeitige Neuordnung seines Verhältnisses zu unserer Volksgruppe möglich ist. Das tschechische Volk hatte zwanzig Jahre lang Zeit, die inneren Verhältnisse zur Zufriedenheit aller Völker zu gestalten. Am Ende dieser zwanzig Jahre muß gesagt werden, daß seine Staatsmänner nach drei Seiten nicht erfüllt haben, was man von ihnen hätte erwarten müssen:

Erstens: Sie haben die freiwillig in den Denkschriften an die Friedenskonferenz gegebenen Versprechungen nicht gehalten;

zweitens: sie haben ihre Verpflichtungen aus dem Vertrage von St. Germain nicht gehalten und

drittens: haben sie ihre staatsrechtlichen Verpflichtungen, die sie in der Staatsverfassung eingegangen sind, nicht gehalten.

An die Stelle der Gleichheit aller Staatsangehörigen haben sie die Ungleichheit aller Völker gesetzt; an die Stelle der bürgerlichen und politischen Gleichberechtigung haben sie die Minderberechtigung der nichttschechischen Völker gesetzt.

An die Stelle der freien Entwicklung für alle Nationalitäten haben sie die nationalpolitische und kulturelle Bedrückung der nichttschechischen Völker gesetzt. Statt einer wahren Demokratie wurde die Diktatur der tschechischen Minderheit, der Bürokratie und der Polizei errichtet. Statt einer zweiten Schweiz mit gleichberechtigten und zufriedenen Völkern wurde ein Staat geschaffen, in dem sich heute alle nichttschechischen Völker mit Recht unzufrieden, entrechtet und unterdrückt fühlen.

Heute erheben alle nichttschechischen Völker und Volksgruppen Protest gegen eine Behandlung, die mit volklichem Selbstbewußtsein, mit Ehre und Würde nicht länger in Einklang gebracht werden kann. Als Unterdrückte werden wir uns so lange fühlen, solange wir Deutschen nicht das Gleiche tun dürfen wie die Tschechen. Alles, was den Tschechen erlaubt ist, muß auch uns erlaubt sein. Mit einem Wort: Wir wollen nur als Freie unter Freien leben!

Beitrag zum Frieden

Wenn es zu einer friedlichen Entwicklung im tschechoslowakischen Staat kommen soll, dann ist nach der Ueberzeugung des Sudetendeutschums folgende Staats- und Rechtsordnung zu schaffen:

Offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus

Es liegt nun an der Staatsführung und dem tschechischen Volk, den gleichen ersten Beweis zu erbringen und weniger von Frieden zu reden, aber etwas mehr für ihn zu tun! Man soll nicht abermals versuchen, durch kunstvolle Worte, vor allem unverständlichen Ausländern gegenüber Ordnung im Staate vorzutauschen und mit Scheinlösungen dem Problem weiter auszuweichen. Es wäre aber auch falsch, wenn sich die tschechische Politik allein auf ihre Bündnisse mit Frankreich und Sowjetrußland verlassen würde, ohne selbst einen entscheidenden Anteil zur Sicherung des europäischen Friedens auf sich zu nehmen.

Ungeachtet der Staatsgrenzen könnte und wollte sich auch das Sudetendeutschum als Teil des deutschen Volkes, mit dem wir in unlösbarer Verbundenheit immer waren und bleiben, nicht einer Weltanschauung entziehen, zu der sich heute alle Deutschen der Welt mit Freude bekennen. Gerade wir als gefährdetes und um seinen Bestand kämpfendes Deutschum können uns überhaupt nur zu einer Weltanschauung bekennen, deren oberstes Gesetz das Gesetz der Gemeinschaft ist!

Es geht hier nur um eine Frage der Gesinnung, deren Freiheit für jeden Staatsbürger durch die Verfassung gewährleistet ist. Diese Freiheit nehmen auch wir in Anspruch, ohne uns damit mit den Grundgesetzen des Staates in Widerspruch zu stellen. So wie das Deutschum der ganzen Welt, bekennen auch wir uns zu den nationalsozialistischen Grundanschaffungen des Lebens, die unser ganzes Fühlen und Denken erfüllen und nach denen wir das Leben unserer Volksgruppe im Rahmen der Gesetze gestalten.

Tschechische Gesinnungsterroristen werden uns wegen dieses offenen Bekenntnisses zur deutschen nationalsozialistischen Weltanschauung hassen und verfolgen wollen. Ehrliche Demokraten auf der nationalen tschechischen Seite werden unser Bekenntnis verstehen und achten; denn sie wissen, daß auch in diesem Staate Raum sein muß für jede ehrliche Weltanschauung und daß ja das tschechische Volk selbst eine Wiedergeburt vor hundert Jahren einer einstimmigen und nationalen Gesinnung verdankt.

Es wird daher von der Einsicht und dem Willen der Regierung des tschechischen Volkes abhängen, ob am Tage des zwanzigjährigen Staatsjubiläums die heute für uns unerträglichen Verhältnisse noch bestehen bleiben oder der tschechische Beitrag zum Frieden Europas geleistet wird. Wir wollen weder nach innen noch nach außen den

1. Herstellung der völligen Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit der deutschen Volksgruppen mit dem tschechischen Volk;
2. Anerkennung der sudetendeutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit zur Wahrung dieser gleichberechtigten Stellung im Staate;
3. Feststellung und Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes;
4. Aufbau einer deutschen Selbstverwaltung im deutschen Siedlungsgebiet in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, soweit es sich um Interessen und Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe handelt;
5. Schaffung gesetzlicher Schutzbestimmungen für jene Staatsangehörigen, die außerhalb des geschlossenen Siedlungsgebietes ihres Volkstums leben;
6. Beseitigung des dem Sudetendeutschum seit dem Jahre 1918 zugefügten Unrechts und Wiedergutmachung der ihm durch dieses Unrecht entstandenen Schäden;
7. Anerkennung und Durchführung des Grundsatzes: im deutschen Gebiet deutsche öffentliche Angelegenheiten;
8. Volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung.

Ich hätte das Recht, im Hinblick auf die letzte innen- und außenpolitische Entwicklung und der damit verbundenen Wert- und Kräfteerhöhung des Sudetendeutschums unsere Ansprüche noch weiter zu fassen. Wenn ich das nicht tue, dann deshalb, um vor der ganzen Welt den Beweis zu erbringen, daß das Sudetendeutschum trotz aller bitteren Erfahrungen bereit ist, durch Beschränkung seiner Ansprüche einen aufrichtigen und ersten Beitrag zur Erhaltung und Festigung des Friedens zu leisten.

Krieg, aber wir können nicht länger einen Zustand dulden, der für uns Krieg im Frieden bedeutet!

In Prag waren am Sonntag aus dem gesamten sudetendeutschen Siedlungsgebiet die Vertreter des Sudetendeutschen Verbandes für Feuerwehr- und Rettungswesen zu einer Tagung vereint, bei der unter jubelnder Zustimmung sämtlicher Teilnehmer erklärt wurde, daß auch der sudetendeutsche Feuerwehr- und Rettungsmann sich mit Begeisterung dem Zusammenschluß der deutschen Volksgruppen anschließt, da er ja auch bisher nur für sein Volk und für seine Heimat kämpfte und schaffte. Dieser einmütig gefasste Beschluß wurde in einer Drahtnachricht an Konrad Henlein nach Karlsbad übermittelt.

Eine Stimme der Vernunft

Lösung der deutschen Frage in Prag ohne Henlein unmöglich.

In der tschechoslowakischen Zeitschrift „Pravda“ der Jung-Agrarier kommt in ihrer letzten Folge die Erkenntnis zum Ausdruck, daß die Lösung der deutschen Frage die Hauptaufgabe der tschechoslowakischen Politik sei.

Es sei klar, so schreibt die Zeitung, daß die deutsche Frage weder vom innenpolitischen noch vom außenpolitischen Standpunkt ohne Kontakt und Einvernehmen mit der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins erfolgreich gelöst werden könne. Auf deutscher Seite sei dies der einzige vollberechtigte Partner, dem niemand seine Legitimation für die Vertretung der deutschen Interessen absprechen könne.

Es sei daher einzig richtig und im Staatsinteresse unerlässlich, daß die Regierung mit den berechtigten Vertretern der Sudetendeutschen Partei in Verbindung trete und sich im Einvernehmen mit dieser Partei um die Schaffung einer für Deutschland annehmbaren Grundlage zur Lösung des deutschen Problems bemühe.

